

VERBUND AG Anmerkungen zur Überarbeitung der AGVO

Die Anpassung der Regelungen zur Gewährung von Beihilfen an die Ziele des Green Deals bzw. des Fit for 55 Pakets sowie an die noch ausstehenden EU Energie- und Umwelt-Beihilfe-Leitlinien, die ab Jänner 2022 gelten sollen, ist dringend geboten. Massive Investitionen in erneuerbare Energien und in die Aufbau von Erzeugungskapazitäten für erneuerbaren Wasserstoff sowie der damit verbundenen Transportinfrastruktur werden notwendig sein, um die ambitionierten Ziele zu erreichen. VERBUND begrüßt daher die Überarbeitung der AGVO, um die notwendigen Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien, aber auch im Bereich Wasserstoff zu ermöglichen und über die Bereitstellung von Förderungen auszulösen.

Art. 41 (3) Berücksichtigung von Investitionsbeihilfen im Bereich Wasserstoff in der AGVO

Aus Sicht von VERBUND ist die Befreiung von Investitionsbeihilfen zur Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff von der Anzeigepflicht gem. Art. 108 Absatz 3 AEUV sehr zu begrüßen. Die Beschränkung der Befreiung von der Anzeigepflicht auf Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff bekräftigt die Ziele der EU Wasserstoff-Strategie, die darauf abzielt, erneuerbare Erzeugungskapazitäten entsprechend zu unterstützen und zu fördern. VERBUND begrüßt diese erzeugungsseitige Einschränkung auf Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff.

Gemäß Vorschlag der EU Kommission kann sich die Investitionsbeihilfe auch auf gewidmete Infrastruktur für die Übertragung oder Verteilung von erneuerbarem Wasserstoff sowie auf Speicheranlagen für erneuerbaren Wasserstoff erstrecken. Dies ist aus Sicht von VERBUND insofern problematisch, da die Infrastruktur sowohl bei Importen, als auch bei inner-europäischer Erzeugung technologie-neutral auch anderen Formen von gasförmigen Energieträgern zur Verfügung stehen muss. Eine Abgrenzung der Förderung auf die Umrüstung von Infrastrukturanlagen hinsichtlich der Nutzung allein durch erneuerbaren Wasserstoff erscheint in einem EU Binnenmarkt schwer durchführbar. Aus Sicht von VERBUND sollte daher die Anzeigepflicht-Ausnahme von Förderungen, die der Umrüstung bzw. Neuerrichtung von Infrastrukturanlagen zum Transport und zur Speicherung von Wasserstoff dienen, nicht alleine auf erneuerbaren Wasserstoff sondern auch auf dekarbonisierten Wasserstoff abstellen.

(Art. 41) Anmerkungen zur Beihilfeintensität für erneuerbare Energie und erneuerbaren Wasserstoff

VERBUND begrüßt, dass gem. Art. 41 die Gesamtinvestitionskosten (anstelle wie bisher der Investitionsmehrkosten) beihilfefähig sind, da dadurch die unterschiedlichen Investitionskostenstrukturen der neuen Technologien (bspw. im H₂ Bereich) im Vergleich zu herkömmlichen fossilen Erzeugungsanlagen (Steam Reformer) berücksichtigt werden können. Ebenso wird von VERBUND begrüßt, dass bei ausschließlicher Nutzung erneuerbarer Energiequellen die bisherige Beihilfe-Intensität von 45% (30% + 15%) beibehalten werden kann. Gleichzeitig ist anzumerken, dass für einen Hochlauf von erneuerbarem Wasserstoff zunehmend klar wird, dass auch Betriebsbeihilfen notwendig sein werden, sodass die Zulässigkeit der Kombination von CAPEX und OPEX Förderungen eine wesentliche Grundvoraussetzung für den raschen Hochlauf von erneuerbarer Wasserstoffherzeugung in Europa ist. In diesem Zusammenhang begrüßt VERBUND, dass gem. Art. 43 (2b) Betriebsbeihilfen für die Erzeugung von Wasserstoff nur dann von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt sind, wenn sie für Anlagen gewährt werden, die ausschließlich erneuerbaren Wasserstoff erzeugen.

Art. 42: Anmerkungen zu Betriebsbeihilfen zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien

Die Möglichkeit zur Erhöhung der Beihilfenintensität auf bis zu 100% im Falle einer Ausschreibung ist positiv, wobei die vorgeschlagene Frist für die Veröffentlichung der Ausschreibungskriterien von sechs Wochen zu kurz ist, um entsprechende Gebote vorzubereiten. VERBUND regt daher an, die Frist für die Kriterienfestlegung auf sechs Monate anzuheben.

VERBUND merkt zudem an, dass die vorgeschlagene Kürzung der Ausschreibungsvolumina im Falle von Unterzeichnungen überdacht werden sollte. Angesichts der ambitionierten Klima- und Energieziele sollten die Volumina nicht reduziert werden, um sicherzustellen, dass nicht einmalige, nicht in der Sphäre der Projektwerber liegende Gründe für das Nicht-Ausschöpfen des Fördertopfes verantwortlich sind (bspw. Verzögerungen bei Widmungen, Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen etc.). Andernfalls besteht das Risiko einer Bremsung des Erneuerbaren-Ausbaus.

Die vorgeschlagene Änderung, dass im Falle des Vorliegens negativer Preise keine Förderung gewährt werden soll, erachtet VERBUND aus systemischer Sicht für sinnvoll, da dadurch ein Anreiz für angebotsseitige Flexibilität geschaffen wird. Die Regelung der AGVO sollte jedoch berücksichtigen, dass auf Ebene der Mitgliedstaaten diesem Umstand teilweise bereits durch Einführung relevanter Bestimmungen Rechnung getragen wird. Um den Anlagen die Möglichkeit zu geben, die Förderzeiträume dennoch auszuschöpfen, könnte der gesamte Förderzeitraum der Anlage durch jene Zeiträume, in denen aufgrund negativer Preise keine Förderung erfolgt ist, verlängert werden.

Art. 43 Abs. 2a: Betriebsbeihilfen für Erneuerbare Energiegemeinschaften

VERBUND weist darauf hin, dass die Befreiung von Anmeldepflichten für Energiegemeinschaften unter 1 MW eine Wettbewerbsverzerrung für etablierte Erzeuger darstellt.